

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 05.07.2017, Seite 6 / Ausland

Von Michael Streitberg

09.07.2017

»Wir müssen viel größer werden«

Die Linke in den G-20-Staaten. Heute: Australien. Die marxistischen Organisationen im Land setzen auf strömungsübergreifende Zusammenarbeit



Aktivisten der Socialist Alliance während einer Demonstration am australischen Labor Day (Tag der Arbeit)

Foto: <https://www.flickr.com/photos/djackmanson/489378058/David>

Jackmanson/<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

Ein erster Blick auf die politische Linke in Australien mag für Ernüchterung sorgen: Schaut man nur ins nationale Parlament, findet sich kein einziger Vertreter von Parteien,

die links der rechtssozialdemokratischen Labor Party oder von den im Vergleich zu ihrer deutschen Schwesterpartei etwas progressiveren Grünen stehen.

Das heißt jedoch nicht, dass es in dem Land keine Marxistinnen und Marxisten gibt. Eine der verhältnismäßig größeren solcher Organisationen ist die 2001 gegründete Socialist Alliance. Bei landesweiten Wahlen kam sie nie über 0,2 Prozent der Stimmen. Bis auf die Wahlen zum Oberhaus, dem Senat, wird nach dem undemokratischen Mehrheitswahlrecht abgestimmt – was kleinen Parteien kaum Chancen lässt.

Die Mitglieder der Alliance sind in zahlreiche außerparlamentarische und gewerkschaftliche Kämpfe involviert. Alliance-Kovorsitzender Alex Bainbridge nennt im Gespräch mit *jW* den Widerstand gegen die Australian Building and Construction Commission (ABCC) als eine der aktuell wichtigsten Aufgaben. Die ABCC ist eine staatliche Kommission, die im Baugewerbe die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern überwacht. Sie gibt sich überparteilich – agiert jedoch, so Bainbridge, ausschließlich im Interesse des Kapitals. So können Beschäftigte etwa gezwungen werden, über gewerkschaftliche Strukturen oder die Teilnahme an Demonstrationen auszusagen. Wer schweigt, kann zu drakonischen Geldstrafen verurteilt werden, im Extremfall drohen bis zu sechs Monate Haft. Aktivisten befürchten, dass dieses Verfahren künftig auch in weiteren Industriezweigen Anwendung finden könnte.

Des weiteren unterstützt Socialist Alliance die Bewegung gegen die Internierung von Migranten in Auffanglagern auf außerhalb Australiens gelegenen Inseln. All jene, die in Australien Asyl beantragen, müssten während der Prüfung ihres Antrags ins Land kommen – und, wenn sie Asyl erhalten, dort leben dürfen. In den exterritorialen Lagern hingegen sei die Verletzung von Menschenrechten an der Tagesordnung.

Den Sozialismus, für den seine Partei kämpft, bezeichnet Bainbridge als »demokratisch, antibürokratisch und internationalistisch«. Viele der Gründungsmitglieder seien Trotzkiten gewesen. Man wolle sich jedoch nicht anhand geschichtspolitischer Bewertungen positionieren. Die Alliance kritisiere den »Stalinismus« in der ehemaligen Sowjetunion, erkenne jedoch auch die positiven Aspekte des gewesenen Sozialismus an.

Aus einer anderen historischen Tradition kommt die Kommunistische Partei Australiens (CPA). Sie wurde 1971 als eine marxistisch-leninistische Partei neu gegründet, und nahm 1996 wieder ihren ursprünglichen Namen an. Diesen hatte zuvor eine »eurokommunistische« Gruppierung verwendet. Auch die CPA beteiligt sich an der Bewegung gegen die Building and Construction Commission. Diese sei, so Generalsekretär Bob Briton gegenüber *junge Welt*, gewissermaßen eine

antigewerkschaftliche Geheimpolizei. Demgegenüber lasse sie »Arbeitgeber«, die etwa migrantische Beschäftigte zu sittenwidrigen Niedriglöhnen schufteten ließen, unbehelligt.

Es gelte, so Briton, »die Attacken der Kapitalistenklasse zurückzuschlagen«. Errungenschaften und Rechte, die die Arbeiterbewegung über Jahrzehnte erkämpft hatte, seien unter Beschuss. Antigewerkschaftliche Gesetze und Maßnahmen hätten den vormals hohen Organisationsgrad in Australien schrumpfen lassen. Nun seien nur noch etwa 13 Prozent der Beschäftigten Mitglieder einer Gewerkschaft. Derzeit sei die KP, wie die gesamte Linke in Australien, deutlich zu klein. »Wir müssen viel größer werden«, erklärt der KP-Vorsitzende.

Langfristige Ziele seiner Partei seien die Zurückdrängung der Macht der Monopole und der Aufbau eines sozialistischen Australiens. In den tagesaktuellen Kämpfen – etwa dann, wenn es um Arbeiterrechte oder gegen die auch von der CPA scharf kritisierte Internierung von Migranten geht – arbeitet die Partei unterdessen auch mit Mitgliedern der Labor Party oder der Grünen zusammen. Auch mit der Socialist Alliance kooperiere man im Rahmen von Bündnissen. Obwohl beide Parteien in einzelnen Fragen große politische Differenzen hätten, suche man bei solchen Gelegenheiten nach Gemeinsamkeiten